

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Außergerichtliche Bestrafung illegal

Das Oberste Gericht in Bangladesch hat am 8. Juli 2010 alle Formen außergerichtlicher Bestrafung für illegal erklärt. Dazu gehören Strafen, die infolge eines islamischen Rechtsgutachten, Fatwa, und im Rahmen eines Shalish, traditionelles Schlichtungsverfahren, verhängt werden. Zudem wies das Gericht die zuständigen Behörden an, gezielt gegen Personen vorzugehen, die illegale Strafen verhängen und durchführen. Im vergangenen Jahr hatten mehrere Menschenrechtsorganisationen eine gemeinsame Klageschrift eingereicht, um außergerichtliche Bestrafung zu unterbinden. Insbesondere Frauen sind die Leittragenden der oft brutalen Bestrafungsmethoden selbsternannter Laienrichter.

Indische Filme wieder im Kino

Am 25. April 2010 kündigte die bangladeschische Regierung an, das Einfuhr- und Vorführungsverbot von indischen Filmen zu beenden, das bereits seit 1972 offiziell besteht. Das Wirtschaftsministerium hofft, mit dem Ende des Embargos die Kinobetreiber zu unterstützen, die seit Jahren mit stetig sinkenden Zuschauerzahlen zu kämpfen haben. Seit den 1990er Jahren ist die Zahl der Kinos von rund 1 200 auf 800 geschrumpft. Der Grund dafür sei, so der *Daily Star*, die schlechte Qualität eines Großteils der in Bangladesch produzierten Filme. Das Publikum kennt indische Kinofilme bereits aus dem Fernsehen. Zudem sind Raubkopien unter anderem von Bollywood-Produktionen in Bangladesch weit verbreitet. Einige Filmproduzenten befürchten, dass die einheimische Kinoproduktion weiter schrumpfen wird, da sie mit der Qualität der indischen Konkurrenz nicht mithalten könne. Bangladeschische Filmproduktionen werden kaum gefördert.

Nationale Menschenrechtskommission neu besetzt

Die Regierung Bangladeschs hat am 22. Juni 2010 die Nationale Menschenrechtskommission neu besetzt. Dr. Mizanur Rahman, Juraprofessor an der Universität von Dhaka, ist ihr neuer Vorsitzender. Ferner wurden sechs weitere Mitglieder benannt. Im Rahmen ihrer ersten Arbeitssitzung entschieden die Mitglieder der Kommission, dass das Thema Gewalt durch Angehörige der Sicherheitskräfte mit sehr hoher Priorität behandelt

werden soll. Auf einer am 21. Juni 2010 einberufenen Pressekonferenz stellte Amirul Kabir Chowdhury, der aus Altersgründen ausscheidende Vorsitzende der Nationalen Menschenrechtskommission, den Jahresbericht der Kommission vor. Seit ihrer Gründung im Dezember 2008 seien 147 Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen eingegangen, ein Großteil davon gegen Angehörige der Sicherheitskräfte. Letztere wurden Chowdhury zufolge an die zuständigen Stellen der Polizei und des *Rapid Action Battalion* weitergeleitet. Bisher sei in nur fünf Fällen eine Untersuchung eingeleitet worden. Chowdhury betonte, dass die Kommission dringend mit weiteren Befugnissen ausgestattet werden müsse, um die Menschenrechtssituation im Land zu verbessern.

Wahlen in Chittagong

Mohammad Manjur Alam wurde bei den Bürgermeister- und Stadtratswahlen am 17. Juni 2010 zum neuen Bürgermeister von Chittagong gewählt. Der von der größten Oppositionspartei, der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) unterstützte Politiker setzte sich mit einem Vorsprung von ca. 95 000 Stimmen gegen den von der *Awami League* unterstützten Kandidaten ABM Mohiuddin Chowdhury durch. Letzterer hatte das Amt 17 Jahre lang inne. Die Wahlen zum Stadtrat dominierten die von der *Awami League* unterstützten Kandidaten. Insgesamt 14 Wahlkreise wurden von Frauen gewonnen. Erstmals wurden bei einer Wahl in Bangladesch elektronische Stimmmaschinen eingesetzt: 25 000 Wahlberechtigte gaben so ihr Votum ab.

Pressefreiheit

Bangladesch hat am 30. Mai 2010 den Zugang zum Internet-Netzwerk *Facebook* gesperrt. Erst knapp eine Woche später wurde die Sperre wieder aufgehoben, nachdem „es den Behörden gelungen war, anstößige Inhalte zu entfernen“, wie ein Regierungssprecher mitteilte. Dabei soll es sich um Karikaturen des Propheten Mohammed und der politischen Führung des Landes gehandelt haben. Begleitet wurde die Sperre durch eine Vielzahl öffentlicher Proteste gegen diese Form der Einschränkung der Meinungsfreiheit. Zudem verhängte die Regierung am 1. Juni ein Veröffentlichungsverbot der Tageszeitung *Amar Desh* und nahm deren Herausgeber Mahmudur Rahman in Haft. Dieser war auch Berater der vormaligen von der *Bangladesh Nationalist Party* ge-

fürten Regierung unter Khaleda Zia. Medienberichten zufolge stehen das Verbot und die Verhaftung in Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Artikels, in dem der Sohn von Premierministerin Sheikh Hasina der Korruption beschuldigt wird. Namhafte Herausgeber forderten in einer gemeinsamen Erklärung die Regierung auf, das Veröffentlichungsverbot aufzuheben und Mahmudur Rahman aus der Haft zu entlassen. Das Verbot der Zeitung wurde durch einen Beschluss des *High Courts* am 10. Juni ausgesetzt, ihr Herausgeber ist weiterhin inhaftiert.

Massenproteste in der Bekleidungsindustrie

Infolge mehrtägiger Massenprotesten im nördlich von Dhaka gelegenen Produktionsstandort Ashulia, entschied der Branchenverband *Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association* alle ca. 250 Textilfabriken der Region ab dem 22. Juni 2010 zu schließen. Die Angestellten in den Fabriken waren für ihre Forderung auf Anhebung des Mindestlohnes von derzeit 1 650 Taka (ca. 24 Euro) auf 5 000 Taka (59 Euro) auf die Straße gegangen. Die Schließung der Fabriken führte bereits am ersten Tag zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstranten. Nach Intervention der Regierung wurde am 23. Juni die Arbeit in den Fabriken wieder aufgenommen. Die Regierung hatte einen reibungslosen Ablauf der Produktion zugesichert. Das bangladeschische Arbeitsministerium hat nun angekündigt, noch im Juli 2010 die Mindestlöhne im Textilbereich anpassen zu wollen.

Brand bei H&M-Zulieferer

Am 25. Februar 2010 brach ein Feuer in der Textilfabrik *Garib&Garib* in Gazipur nördlich von Dhaka aus, nachdem es wenige Monate vorher schon einmal gebrannt hatte. 21 Arbeiterinnen und Arbeiter starben in den Flammen, rund 50 wurden schwer verletzt. Der Brand wurde vermutlich durch einen Kurzschluss ausgelöst. Das Feuer verbreitete sich rasend schnell, da hoch entzündliche Materialien, so Informationen von INKOTA, falsch gelagert waren. Außerdem waren Notausgänge blockiert, so dass Menschen in den oberen Stockwerken eingeschlossen waren. Unter anderem das schwedische Modeunternehmen H&M hat in der Fabrik Strickware produzieren lassen. Im April brach ein weiteres Feuer in der Fabrik aus, bei dem rund 10 Menschen verletzt worden sind. Die wütenden Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrierten vor der Fabrik, blockierten die Hauptverbindungsstraße zwischen Dhaka und Mymensingh und hielten eine Gedenkzeremonie für die Toten vom Februar ab.

Prügelstrafe an Schulen

Schüler in Bangladesch dürfen von ihren Lehrern nicht mehr geschlagen werden. Bildungsminister Syed Aatur Rahman erklärte im August 2010, die Regierung habe erkannt, dass körperliche Strafen unmenschlich sein können und Kinder aus Angst davon abhalten können zum Unterricht zu gehen. Der offiziellen Erklärung der Regierung war eine Entscheidung des *High Courts* vorausgegangen. Darin fordert das Gericht die Regierung auf, etwas gegen die Zunahme körperlicher Gewalt an Schulen zu tun. Die Menschenrechtsorganisationen *BLAST* und *Ain o Salish Kendra* hatten Klage eingereicht.

Erneut Angriffe auf Ahmadiyyas

Mitte August sind zehn Häuser der Ahmadiyyas in einem Dorf in der Nähe der nördlich von Dhaka gelegenen Stadt Tangail geplündert worden. Die Mitglieder der Ahmadiyya möchten in dem Dorf eine eigene Moschee errichten. Schon bei der Grundsteinlegung wenige Tage zuvor waren zehn Personen angegriffen worden. Besonders in den Jahren zwischen 2005 und 2007 sind Einrichtungen der Ahmadiyya regelmäßig von islamistischen Gruppen angegriffen worden. Die Regierung hat die Ahmadiyya zu einer nicht-islamischen Glaubensgemeinschaft erklärt.

Vermutliche Kriegsverbrecher festgenommen

Vier ranghohe Funktionäre des islamistischen Partei *Jamaat-e-Islami* sind von einem Sondertribunal zur Aufklärung der Kriegsverbrechen im Unabhängigkeitskrieg von 1971 festgenommen worden, darunter auch Parteichef Matiur Rahman Nizami. Ihnen wird vorgeworfen, im Unabhängigkeitskrieg im Jahr 1971 an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein. Die Partei formierte die berüchtigten *Razakar* und *Al-Badr*, zwei bewaffnete Gruppierungen, welche gegen die Freiheitskämpfer voringen. Ihnen wird auch vorgeworfen, am 14. Dezember 1971, zwei Tage vor Kriegsende, an einem Massaker an Intellektuellen in Dhaka maßgeblich beteiligt gewesen zu sein. Nach bangladeschischen Angaben sind während des Unabhängigkeitskriegs bis zu drei Millionen Menschen umgekommen. Intellektuelle, Studenten und Angehörige religiöser Minderheiten, vor allem der Hindus, waren gezielt ermordet worden. Das Sondertribunal ist im März 2010 eingerichtet worden, um die Verbrechen aufzuarbeiten. Die *Jamaat-e-Islami* verweigert sich bisher einer Aufklärung der Verbrechen.